

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: 10 Pfennige und Sonntags-Ausgabe 12 Pf.
Wochentagblatt Nr. 226 für Abholer monatlich M. 2,20, durch andere
auslandige Filialen ins Ausland gebracht monatlich M. 3,00, namentlich
Märkte M. 0,50 durch die Post innerhalb Deutschland Selenit-Magazin
monatlich M. 2,00, vierstelliges W. 2,00, Wörter-Büroblatt M. 1,00,
Wochen-Magazin M. 1,00, Sonntags-Ausgabe M. 1,00 monatlich
auslandig Pflichtbezugsblätter.

Hauptredakteur: Morgen-Ausgabe 12 Pf., Abholer-Ausgabe 18 Pf.

Hauptredakteur: Dr. Erich Coerth, Leipzig.

und
handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

118. Jahrgang

Bezugspreis: 10 Pfennige und Sonntags-Ausgabe 12 Pf., durch andere
auslandige Filialen ins Ausland gebracht monatlich M. 2,20, namentlich
Märkte M. 0,50 durch die Post innerhalb Deutschland Selenit-Magazin
monatlich M. 2,00, vierstelliges W. 2,00, Wörter-Büroblatt M. 1,00,
Wochen-Magazin M. 1,00, Sonntags-Ausgabe M. 1,00 monatlich
auslandig Pflichtbezugsblätter.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 151

Montag, den 7. April

1919

Die bayerischen Kommunisten gegen eine Scheinräterepublik

München, 6. April. (Drahtbericht.) Ministerpräsident Hoffmann, der wegen des Ernstes der Lage kurz Zeit in Berlin weilte, ist wieder in München eingetroffen. Die "Bayerische Staatszeitung" holt in ihrer Sonnabendnummer der Ansicht Ausdruck gegeben, daß mit der Ausrufung der Räterepublik am Sonntag zu rechnen sei. Bis Sonntag morgen ist eine solche Ausrufung nicht erfolgt. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Die Zügelungen der Unabhängigen und Kommunisten sind in Erfassung geblieben. Man berichtet über Versammlungen der Arbeiter am Sonnabend. Nach der "Notenfahne" lehnen die Kommunisten eine Beteiligung an einer Rätereupublik ab. In der neuen Zeitung "Organ der Unabhängigen" wird erklärt, daß kein Zweifel sei, daß die bayerische Bourgeoisie Südbayern als Position ausgegeben hat und alle Hoffnung auf die anderen Landesteile geht. In einer der Massenversammlungen des Proletariats am Sonnabend sprach der Minister Untersekretär von den Unabhängigen. Er schreibt aus: Dem Weltkrieg ist der gesamtstädtische Klassenkampf gefolgt, den die Weltgesellschaft erlebt hat. Die Bewegung ist aber noch nicht zu Ende. Auch sind Kräfte am Werke, die glauben, die revolutionäre Arbeiterschaft unterdrücken zu können. Ich soll die Rätereupublik kommen und der Sozialismus verwirklicht werden. Wir geben in Bayern wie in der Anfang der neuen Bewegung und werden in Deutschland vorangehen in der Einigung des gesamten Proletariats. In Bayern gibt es und darf es keine Räte geben. Wir haben in Bayern keine Weiße Garde, aber wir wollen sehr eine Weiße Garde schaffen. Von allen Städten Bayerns treffen Nachrichten in, daß sie die Rätereupublik begrüßen. Wir werden unseren Brüdern in Nürnberg und Ingolstadt die Hand reichen. Wir erwarten aber auch, daß sich unsere Brüder in Frankreich, England, Italien und Amerika zusammenschließen werden. Dann hat der Sozialismus den Sieg errungen. Rösle, Scheidemann und seine Kollegen werden hinweggesetzt werden wie Wilhelm II. und Ludwig II.

Die Ausrufung der Rätereupublik noch nicht erfolgt

München, 6. April. (Drahtbericht.) Aus der gestrigen Sitzung des Kabinettsrates des Landtages, der Ministerpräsident Hoffmann beimischte, wurden Erklärungen herausgegeben, wonit zum Ausdruck gebracht wurde, daß der geplante Zusammenschluß des Landtages unter keinen Umständen ein Streich gegen die Regierung

sondern im vollen Einvernehmen zwischen Regierung und Landtag geplant war. Am Sonntag vormittag um 10 Uhr trat der Kabinettsausschuß des Landtages wieder zu einer Sitzung zusammen und begab um 11 Uhr durch einen Voten den Ministerpräsidenten Hoffmann holen. Der Haushaltung des Landtagsgesetzes ist am Sonntag früh angekündigt worden, daß in der Nacht zum Montag die Räte organisieren in das Landtagsgeschoß überstiegen werden. Für die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Regierung beschlossen habe, mit dem Landtag nach Bamberg überzutreten, konnte nirgends eine Bestätigung erhalten werden. Als interessant ist aus den gelungenen Massenversammlungen hervorzuheben die Erklärung des Radikalsozialistischen Hochendbach, daß nunmehr auch die Bauernrätte beschlossen hätten, für die Rätereupublik einzutreten. In einer anderen Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Räte des 2. Infanterieregiments Lübeck-Reichswehr und die Räte des 1. Infanterieregiments den Namen Kurt Eisner Kaiser erhielten. Durch Anschläge in den Straßen wurde ein vom Zentralrat und von den bayerischen Beamten gewerkten Aufruhr mitgeteilt, wonach die sozialistisch gesetzten Staats- und Gemeindebeamten in Zusammenarbeit mit den A.-B.- und C.-Männern weiter arbeiten und ihre Pflicht ungestört weiter erfüllen können. Zusammenfassung ist zu sagen, daß bis zum Sonntag morgen die Lage in München noch völlig ungeklärt war und jedenfalls eine Ausrufung der Rätereupublik noch nicht erfolgte.

Der Widerstand in Nordbayern

Nürnberg, 6. April. (Drahtbericht.) Eine außerordentliche bayerische Landeskongress der sozialdemokratischen Partei, die heute im Kanzlerhaus in Nürnberg tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Rätereupublik erklärt.

Die heutige Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Liga Nürnbergs erklärte sich aus denselben Gründen ebenfalls gegen die Einführung der Rätereupublik in Bayern. Sollte sich die Mehrheit der Bevölkerung trotzdem dafür entscheiden, so bleibten die Mitglieder neutral, um einem Teil des Volksganzen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Verjammung verlangt aber von allen Mitgliedern, daß sie jede Übernahme von Regierungs- oder Verwaltungsstellen ablehnen und damit die volle Verantwortung deren überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Weiterführung ihrer Geschäfte unmöglich machen.

Der Zentralzehrenrat über die Lage im Ruhrgebiet

Essen, 6. April, mittags. (Drahtbericht.) Der Zentralzehrenrat teilte entgegen anderslautenden Meldungen mit: Bis jetzt seien von den Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks 221 Jachten mit 372 000 Arbeitern im Generalstreik. Die gesamte Arbeiterschaft des Rheinisch-Westfälischen Elektroindustriebezirks, von dessen Stromnetz die Licht- und Kraftstromversorgung aller umliegenden Städte des Industriebezirks abhängt, ist seit dem Generalstreik angelöscht. Für die Versorgung der öffentlichen Anstalten wie der Krankenhäuser mit Licht und Kraft hat die Zentralzehrenrat die entlastende eingestellte Aufrechterhaltung des auf das Allernotwendigste eingeschränkten Betriebes als Notstandsbetrieb zugestanden. Die Angestellten der Essener Straßenbahnen haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Der gesamte weitverzweigte Betrieb steht. Sämtliche Streikenden wollen sich mit den Forderungen der revolutionären Bergarbeiter solidarisch erklären.

Arbeitslosigkeit bei der Kruppschen Arbeiterschaft

Essen, 6. April. (Drahtbericht.) Eine von der christlich-sozialen Arbeiterschaft der Firma Krupp im katholischen Vereinshaus heute abgeholte, stark besuchte Versammlung erhob scharfen Protest gegen den auf den Kruppschen Werken verkündeten Generalstreik und beschloß, Montag früh geschlossen zur Arbeit zu gehen und allen terroristischen Versuchen, die Arbeitswilligen von der Arbeit fernzuhalten, mit starker Nachdruck entgegenzutreten.

Bei der Arbeitseinstellung in der Kruppschen Gußstahlfabrik handelt es sich in erster Linie um einen Sympathiestreik zugunsten der Bergarbeiter, der lediglich politischen Ursachen entspringt. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist an sich arbeitswillig und hat gestern morgen schon die Arbeit aufzunehmen wollen, wurde aber durch die Streikposten des sogenannten revolutionären Arbeiterkomitees, das hier seinen Sitz hat, an der Aufnahme der Arbeit gehindert.

Protest der christlichen Gewerkschaften

Düsseldorf, 6. April. (Eig. Drahtbericht.) Ein von den Kommunisten heute nachmittag veranstalteter Demonstrationzug ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in der Hauptverkehrsstraße, der Königsallee, waren Regierungstruppen einige Handgranaten als Schreckfusse in den Stadtgraben. Die Gründe zu dieser Maßnahme sind noch nicht aufgeklärt. Ausschreitungen oder Verwundungen sind bisher nicht gemeldet worden. Der Straßenbahnbetrieb ruht. Da auch das Elektroindustriebezirk steht, ist die Stadt heute abend im Dunkeln. Gleich nach der gestrigen Proklamation des Generalstreiks haben das christliche Gewerkschaftskartell und die Medizinalsozialistische Protest gegen den Streik erloschen, aber die Sparläden und Unabhängigen haben die Führung der Massen in der Hand, so daß es zweifelhaft ist, ob Montag von den Unabhängigen derjenigen Parteien, die gegen den Streik sind, gearbeitet werden kann.

Kampf mit den Regierungstruppen

Münzenberg, 6. April. (Drahtbericht.) Gestern stand hier mit Genehmigung der örtlichen Militärbehörden eine Versammlung statt, in der über Werkstättengesetzgelegenheiten gesprochen werden sollte. Die Tagessordnung behandelte aber politische Angelegenheiten. Im Zusammenhang damit forderte man Entlassung der Polizei und der Regierungstruppen. Daher wurde die Auflösung der Versammlung angeordnet. Eine Kompanie Regierungstruppen wurde mit dieser Aufgabe beauftragt. Ein Teil der Kompanie drang in das Gebäude ein, wobei

rend der andere das Gebäude absperzte. Bei dieser Gelegenheit wurde anscheinend aus dem Hause eine Handgranate geworfen, die die Besatzung eines Maschinengewehrs außer Gefecht setzte. Drei Männer wurden gefangen und drei verwundet. Außerdem wurden viele Gewehr- und Pistolenstücke aus den Dachseilen gegen die Regierungstruppen abgeschossen, die mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten erwiderten. Mittlerweile rückte eine weitere Kompanie zur Unterstützung herbei. 35 Personen wurden den Militärgrenzen zugeführt. Die Verluste auf der anderen Seite betrugen zwei Tote. Von den Verwundeten der Regierungstruppen ist einer gestorben, so daß die Zahl der Toten sich auf drei beläuft.

Das neue Arbeitsrecht

Berlin, 6. April. (Drahtbericht.) Die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeziehungen umfassenden Arbeitsrechts sind jetzt so weit gedeckt, daß sofort nach Ostern eine Arbeitskommission im Reichsministerium zusammentritt soll, der die Ausführung der Vorarbeiten im einzelnen für das Gesamtwerk obliegen wird. Es wird beachtigt, nicht nur das ganze Gebiet des Arbeitervertragsrechts unter Beachtung der einzelnen Arbeitnehmergruppen zusammenzufügen, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht gelegentlich zu regeln. Dabei soll den heutigen sozialen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Schon in nächster Zeit wird außerdem ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den für die gesamte Arbeitsverfassung ein klarerer und zweckmäßiger Aufbau seines Artikels werden soll. Gedacht wird ferner an die Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten. Doch bedarf diese Frage noch näherer Prüfung, zumindest dadurch in den Betrieben der ordentlichen Gerichte und deren Aufgaben eingegriffen werden würde.

Sobald die Vorarbeiten in der Arbeitskommission abgeschlossen sind, sollen die Einzelentwürfe in einem größeren Kreis von Sachverständigen, die aus allen beteiligten Gruppen übernommen werden sollen, zur Erörterung gestellt werden.

Die Versorgung der Städte mit ausländischen Lebensmitteln

Im Anwesenheit des Reichsnährungsministers Schmidt trat am Sonnabend unter dem Vorsteher des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth die Vorstände des Deutschen und Preußischen Städteverbands zu einer Erörterung über Ernährungsfragen zusammen. Anwesend waren unter anderen der Oberbürgermeister von Leipzig, Dresden und Gotha. Gegenüber erörtert wurden die Ausführungen für die Zukunft der ausländischen Lebensmittel. Trotz des hohen Preiskampfes soll der Preispreis möglichst unverändert bleiben. Um das zu ermöglichen, wird es nicht zu umgehen sein, das Kochmehl zu erheblichem Preise abzugeben. Dabei ist jedoch auf Wunsch des Städteverbands in Erwägung genommen, den Verbrauchern auf Inspektoraten zunächst wahlweise ausländisches (westliches) Mehl oder inländisches Roggenvollmehl bereitzustellen. Beim Kauf auf den fremden Märkten und bei der Einfuhr soll der freie Handel weitgehend eingeschüttet werden, doch sollen alle Einführwaren, die im Inland der Verteilungsregelung unterliegen, restlos in die öffentliche Bewirtschaftung einbezogen werden. Im Abrechnen ergab sich zwischen dem Reichsnährungsminister und den Vorständen beider Städteverbande volle Übereinstimmung darüber, daß für die Zeit des Mangels bei allen Hauptnahrungsmitteln, namentlich bei Getreide, Nährmilch, Kartoffeln, Fett und Fleisch, an der öffentlichen Bewirtschaftung unbedingt festgehalten werden muß, da unter Verzehrung nach wie vor überwiegend auf die Inlandsversorgung angewiesen ist.

Die Räte

E. E. Offenbar unter dem Druck der bevorstehenden Münchner Ereignisse, der Generalstreikbewegung, des zum 8. d. M. zu erwartenden Zusammentreffens der neuen Rätekonferenz und der damit zusammenhängenden geplanten und sehr ernst zu nehmenden Militärrevoiren in Magdeburg und Berlin hat die Reichsregierung ihren lange angekündigten Beschluß über die Eingliederung der wirtschaftlichen Demokratie in die Verfassung gestern veröffentlicht. Es war wieder einmal höchste Zeit. Nach dergleichen immer so spät kommen, daß es in der bis zum Ausdruck gesteigerten Erregung kaum noch wirken kann, zumal da es dann mehr wie ein Erzeugnis der Angst als der Staatsweiteit aussieht. Diesmal hat das Kabinett die Münchner Räte offenbar zeitlich gerade noch um eine Räte längere geschlossen. Hoffentlich ist man, wenn etwa aus der Räte längere eine Pferdelänge oder mehr wird, nun nicht umgehend zu schnell mit der Einbildung fertig, als sei das Rennen bereits für die Regierung gewonnen. Soweit sind wir noch lange nicht. Wenn sich die Dinge in München hingegen sollten, so wären daran wahrscheinlich die bürgerlichen Parteien Bayerns einschließlich der radikalen Bauern, die von der Rätereupublik nichts wissen wollen und mit dem Bürgerstreik drohen, mehr beteiligt als daß Berliner Kabinett. Es vielleicht ist der eigentliche Hemmschuh im Augenblick bei den Allerkräftigsten zu suchen, denen eine Räte nach ihrem Willen nicht genügen würde. Das Auftreten des Kommunistenführers Lenin, der eine konfessionelle Diktatur des Proletariats, eine kommunistische, nicht sozialistische Republik und ein Öffnungsbündnis mit Ungarn und Russland gegen Preußen gefordert hat, kann davor warnen, einen Aufschub als Erledigung und als Erfolg der Reichsregierung anzusehen. Vorsichtig muß man abwarten. Qui viva, vera — und hoffentlich können die Münchner auch sagen: Qui verra, vita.

Rum, das Reichskabinett hat also einen Verfassungsartikel beschlossen, der bis auf den Schluff bestellt verdient. Eine rein politische Rolle in Gefegedung und Verwaltung bekommen die Räte nach ihrem Willen nicht. Auf wirtschaftlichem und sozialem Feld sollen die neuen Vertretungen der Arbeiterschaft hier in Gemeinschaft mit den Unternehmern wirken. Von einer wirtschaftlichen Diktatur oder auch nur einer Imperialität ist also keine Rede. In einzelnen sind die Befugnisse der Räte bisher nur angegeben, doch in so viel bereits ersichtlich, daß außer der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, an der sie mitwirken sollen, eine Beteiligung an der Leitung des Produktionsprozesses nur so weit in Betracht kommt, als es sich um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung handelt. Das heißt: in einzelnen Betrieben haben die Räte über kaufmännische und technische Fragen der Wirtschaftsführung nicht mitzureden, weder die Betriebs-, noch die Bezirkstage, noch der Reichsarbeiterrat. Die Ausführung der Sozialisierungsgesetze ist, auch wenn sie den einzelnen Betrieb angeht, natürlich etwas ganz Allgemeines; auch hieran haben aber nur die Bezirkstage und der Reichsarbeiterrat, mit den Unternehmernvertretern zusammen, mitzuwirken. Den Betriebsräten stehen dergleichen Vollmachten nicht zu, sie haben also nicht die Durchführung der Sozialisierung im einzelnen Betrieb zu bearbeiten, geschweige vorgesehenen. Dafür sollen jedoch bei diesen Aufgaben die Bezirkstage und der Reichsarbeiterrat nicht nur die Kontrolle, sondern auch das Recht des Eingreifens haben. Das liegt in dem Wort „Mitwirkung“ und ist ein wesentliches Zugeständnis.

Doch ein bloßes Aussichtsrecht oft nur beschiedene Machtvollkommenheit bedeuten kann, daß die Geschichte des früheren deutschen Parlamentarismus gezeigt. Selbst mit dem Recht der Budgetbewilligung zusammen ergab es noch keine wirkliche Demokratie. Es enthielt erst bei aktiver Teilnahme an den Geschäften. Es war im besonderen das Leiden der Sozialdemokratie durch Jahrzehnte hindurch, daß sie nichts anderes konnte, weil sie nichts anderes durfte, als Kritik üben. „In der Kritik ist, in positiver Arbeit ist“, diese Jenseit glaubte ihr noch der Fürst Bismarck geden zu können. Das gilt nun nicht mehr, traut schon damals für die rein wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der Gewerkschaften nicht zu. Fortan sollen nun die Arbeiter mehr als bisher mitmischen, wenn auch nur im großen des Produktionsprojektes. Bei der Errichtung der wirtschaftlichen Demokratie kommt es eben nicht darauf an, den Arbeitnehmern eine neue formelle Befugnis zu geben, ihre „Rechte“ zu vermehren, sondern darauf, ihre Tätigkeit und ihr Interesse mehr als bisher nutzbar zu machen, zu beleben und zu heben, sowohl zum Besten der Volkswirtschaft wie der einzelnen Menschen in persönlicher, auch außerwirtschaftlicher Hinsicht. Jetzt kommt es darauf an, in ganz anderer Breite und Tiefe als bisher die Menschenkräfte zu mobilisieren, auch die geistigen und Willenskräfte, die in der Handarbeiterschaft lange Zeit brachtelegen haben, zu wecken und zu verwerten. Wirtschaftliche Demokratie ist ebenso wie politische Demokratie eine Bildungsfrage. Das heißt, sie hat nicht nur zur Voraussetzung einen gemilden Stand der Bildung, sondern sie hat auch Bildungsaufgaben an den einzelnen zu erfüllen, indem sie hilft, mehr Individuen als bisher zu Individualitäten, den Personen Persönlichkeiten zu machen. Unzählige Klagen sind Generationen lang erhoben, daß Menschen zu Maschinen, ja zu bloßen Rädchen oder Schrauben in großen Apparaten wurden; die Arbeiterbewegung hat erfolgreich daran gearbeitet, durch negative Maßnahmen, wie Verkürzung der Arbeitszeit und durch positive Bildungsbefreiungen außerhalb der Verwaltung Wandel darin zu schaffen: Jetzt wird der Hebel an der Verwaltung selbst mit positiven Maßnahmen eingesetzt. Das ist nicht wenig. Es bleibt freilich beschränkt auf sozialpolitische und wirtschaftliche Geschehe, und zwar von grundlegender Bedeutung. In der Praxis wird viel darauf ankommen, daß die letzten Worte nicht engherzig ausgelegt werden, sondern

An der Geschgebung werden die Räte ebenfalls nicht nur mit dem Rechte der Kritik, sondern auch qualifiziert beteiligt. Gewisse Geschehe sind vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat vorzulegen, und er kann von sich aus solche Geschehe beantragen, die dann wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind. Das ist nicht wenig. Es bleibt freilich beschränkt auf sozialpolitische und wirtschaftliche Geschehe, und zwar von grundlegender Bedeutung. In der Praxis wird viel darauf ankommen, daß die letzten Worte nicht engherzig ausgelegt werden, sondern

